

Sehr geehrte Freundinnen und Freunde, liebe Gäste,

herzlich willkommen, und vielen Dank, dass Sie heute Abend hier sind. Es freut mich sehr, so viele Menschen zu sehen, denen das Schicksal der Menschen in Afghanistan nicht gleichgültig ist – die sich die Zeit nehmen, zuzuhören, sich zu informieren und mit uns ins Gespräch zu kommen. Das ist keine Selbstverständlichkeit, und dafür möchte ich Ihnen allen von Herzen danken.

Und doch beginne ich meine Begrüßung heute nicht ganz unbeschwert, sondern mit einem Gefühl der Enttäuschung. Seit fünf Jahren stehe ich nun immer wieder an einem Rednerpult wie diesem und berichte über Afghanistan. Und seit fünf Jahren muss ich dabei fast jedes Mal dasselbe sagen: Es ist schlimmer geworden. Nicht gleich schlimm, nicht ein bisschen schlimmer – sondern Jahr für Jahr ein Stück weiter, ein Stück systematischer, ein Stück unerbittlicher.

Ich erinnere mich noch gut an den August 2021. An die Bilder vom Flughafen Kabul, an Menschen, die sich an startende Flugzeuge klammerten. Damals, ehrlich gesagt, habe ich nicht geglaubt, dass sich dieses Regime so lange halten würde. Ich dachte an eine fragile Übergangsmacht, an ein Regime, das an der eigenen Regierungsunfähigkeit, an wirtschaftlicher Isolation oder am internationalen Druck scheitern könnte. Fünf Jahre später weiß ich: Ich habe mich geirrt. Die Taliban sind nicht gescheitert – sie haben sich konsolidiert. Und mit jedem Jahr, in dem sie an der Macht blieben, wurde aus einer akuten Krise ein Dauerzustand, an den sich die Weltöffentlichkeit zunehmend zu gewöhnen scheint. Genau das ist es, was mich beunruhigt: nicht nur die Entwicklung

selbst, sondern das langsame Verblässen unserer Aufmerksamkeit dafür.

Lassen Sie mich Ihnen einen kurzen, aktuellen Überblick geben.

Afghanistan ist heute das einzige Land der Welt, in dem Mädchen der Schulbesuch über die sechste Klasse hinaus verwehrt wird. Frauen sind von Universitäten, den meisten Berufen und weiten Teilen des öffentlichen Lebens ausgeschlossen, ihr Alltag wird von der Sittenpolizei kontrolliert. Ein neues Dekret erleichtert Kinderehen und erschwert es Betroffenen, sich selbst bei erlebter Gewalt vom Ehepartner zu trennen. Menschenrechtsorganisationen sprechen von „Gender-Apartheid“, und im Sommer erließ der Internationale Strafgerichtshof Haftbefehle gegen die Taliban-Führung wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit – ein wichtiges Signal, doch ohne unmittelbare Wirkung vor Ort.

Fast 40 Prozent der Bevölkerung sind auf humanitäre Hilfe angewiesen, die Wirtschaft liegt am Boden, internationale Hilfsgelder wurden gekürzt. Hinzu kommt eine der größten Rückkehrbewegungen weltweit: Seit 2023 sind über sechs Millionen Menschen aus dem Iran und Pakistan nach Afghanistan abgeschoben worden – in ein Land, das zusätzlich von Dürren, einem Erdbeben und neuen Grenzkämpfen mit Pakistan gezeichnet ist.

Und hier komme ich zu einem Punkt, der mir besonders wichtig ist – weil er uns, weil er Deutschland unmittelbar betrifft. Die Bundesregierung erkennt die Taliban offiziell nach wie vor nicht als legitime Regierung Afghanistans an. Und

doch findet, Schritt für Schritt, eine faktische Normalisierung statt: An der afghanischen Botschaft in Berlin und den Generalkonsulaten in Bonn und München wurden inzwischen von den Taliban entsandte Vertreter als Geschäftsträger akkreditiert. Für afghanische Frauenrechtsaktivist:innen, Oppositionelle, ehemalige Ortskräfte und Angehörige von Minderheiten, die hier in Deutschland leben, ist das keine abstrakte diplomatische Formalie – es bedeutet, dass ausgerechnet jene Stellen, die ihnen Schutz bieten sollten, unter dem Einfluss des Regimes stehen, vor dem sie geflohen sind.

Gleichzeitig weitet Deutschland die Abschiebungen nach Afghanistan aus. Zunächst richteten sich diese Sammelabschiebungen ausdrücklich gegen verurteilte Straftäter und sogenannte Gefährder. Im Juli dieses Jahres jedoch wurde erstmals seit der Machtübernahme der Taliban auch ein Mensch abgeschoben, der nicht straffällig geworden war. Das Bundesinnenministerium erklärt, der Koalitionsvertrag schließe auch diese Personengruppe nicht aus. Mehrere Bundesländer signalisieren bereits, die Abschiebungen weiter ausweiten zu wollen. Kritik daran kommt unter anderem aus der Zivilgesellschaft und von Teilen der Politik: Menschen werden in ein Land zurückgeschickt, das laut eigener Einschätzung der Bundesregierung von einem Regime kontrolliert wird, das Frauen und Mädchen systematisch entrechtet und politische Gegner:innen verfolgt. Diese Entwicklung sollten wir an einem Abend wie diesem nicht ausblenden – sie zeigt, dass die Frage nach dem Umgang mit den Taliban keine rein außenpolitische, sondern eine sehr konkrete innenpolitische

Frage ist, die auch hier in Deutschland Menschen unmittelbar betrifft.

Und trotzdem: Es gibt Menschen, die nicht aufgeben.

So düster dieses Bild ist – und ich will es nicht beschönigen –, gibt es auch Grund, innezuhalten und hinzuschauen, wo Widerstand geleistet wird. Afghanische Frauenrechtsaktivist:innen arbeiten unter größtem persönlichen Risiko weiter, im Land selbst und im Exil, oft im Verborgenen. Es gibt geheime Bildungsangebote für Mädchen, es gibt Netzwerke, die Überlebende von Gewalt unterstützen, es gibt afghanische Organisationen, die sich weigern, aufzugeben. Ihre Beharrlichkeit verdient unseren Respekt – und mehr als das: sie verdient unsere konkrete Unterstützung.

Ich habe diese Rede mit meiner Enttäuschung begonnen. Ich möchte sie nicht mit Resignation beenden. Dass sich eine Lage über Jahre verschlechtert, darf kein Grund sein, wegzusehen – im Gegenteil, es ist ein Grund, genauer hinzuschauen und lauter zu werden. Genau deshalb sind wir heute hier.

Ich freue mich auf einen informativen Abend und darauf, gemeinsam mit Ihnen zuzuhören, zu diskutieren und Wege zu finden, wie wir den Menschen in Afghanistan, die für ihre Rechte und ihr Überleben kämpfen, unsere Solidarität nicht nur aussprechen, sondern auch spürbar machen können.

Vielen Dank.